

Mit dem Grexit in die Pleite

KRISE Die Debatte um den Austritt Griechenlands aus dem Euro ist die Neuauflage einer schlechten Idee. Die Folgen eines solchen Schritts wären brandgefährlich.

Stellen Sie sich vor, demnächst ist Bundestagswahl mit noch unklarem Ausgang – was einer Demokratie gut zu Gesicht steht – und in den Nachbarländern wird diskutiert, ob wir je nach Wahlergebnis wieder mit der D-Mark bezahlen werden. Wenn Ihnen das absurd vorkommt, ist Ihr gesunder Menschenverstand intakt. Aber genau diese Diskussion wird derzeit, wie schon im Sommer 2012, mit Blick auf Griechenland geführt.

Der Auslöser dafür ist die Möglichkeit, dass die neue Regierung von der linksgerichteten Syriza-Partei gestellt bzw. geführt werden könnte. Deren Vorsitzender Alexis Tsipras hat wiederholt eine Lockerung der Sparmaßnahmen sowie eine Neuverhandlung der Auflagen aus den diversen Rettungspaketen gefordert; allerdings wurde seine Diktion seit Anberaumung der Neuwahlen deutlich moderater. Wirtschaftsminister Gabriel hat mit Blick auf die Wahlen zwar bekräftigt, dass Griechenland in der Eurozone verbleiben solle. Er wies aber auch rein vorsorglich darauf hin, dass die Währungsunion heute wesentlich stabiler sei als noch vor einigen Jahren

AUSSENANSICHT



JÜRGEN JERGER

Der Autor ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Regensburg.

und die Gefahr einer Zerstörung der Währungsunion durch das Ausscheiden Griechenlands – dem Grexit – gebannt wäre. Und das ifo-Institut rechnete gerade aus, dass ein Grexit den maximalen Verlust des deutschen Steuerzahlers im Falle einer griechischen Zahlungsunfähigkeit um etwa eine Milliarde Euro senken soll.

Diese Diskussion ist falsch und gefährlich, auch weil sie bereits erzielte Fortschritte in Griechenland in Frage stellt. Nach der dramatischen Schrumpfung der griechischen Volkswirtschaft um mehr als 25 Prozent seit 2008 steht für 2014 erstmals wieder ein bescheidenes Wachstum zu erwarten. Selbst der einer rosigen Beurteilung nationaler Politik unverdächtige Internationale Währungsfonds lobte die Erfolge der fiskalischen Konsolidierung und der – wenn auch noch unvollständigen – Reformen auf Arbeits- und Gütermärkten.

Die Verunsicherung durch die Diskussion um die Währung ist das Letzte, was die griechische Wirtschaft nun

braucht. Die mit einem Grexit verbundene Abwertung steigert zwar (ohne echte Reformen: vorübergehend) die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft. Sie treibt aber auch den in der neuen Währung ausgedrückten Wert der Schulden von Unternehmen, Haushalten und Staat nach oben. Die absehbare Folge wäre eine Pleitewelle und eine weitere tiefe Rezession in Griechenland. Diese würde verschärft durch die Unsicherheit über die Rolle Griechenlands in der EU, da ein Prozedere zur Aufgabe des Euro nicht existiert.

Die schon einsetzende Welle der Abhebungen in Griechenland ist ein Vorbote eines Bank Run, der bei einem absehbaren Grexit auch die gesunden Teile des Finanzsektors in Schieflage bringen wird. Auf diesem Boden werden keine besseren Institutionen wachsen. Weil zudem ein Grexit den Zugang der Regierung zu den Kapitalmärkten versperrt, wird ein massiver Staatsbankrott unausweichlich. Wer das riskieren will, muss glauben, dass Gläubiger von der Pleite des Schuldners profitieren. Der gesunde Menschenverstand sagt Ihnen sicherlich, dass dem nicht so ist. Das sieht auch in jüngsten Umfragen eine jeweils deutliche Mehrheit in allen Ländern der Eurozone so – und befürwortet daher die Beibehaltung des Euro.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.